

KURZ NOTIERT

Neue Militärübungen

WASHINGTON Nach der Aussetzung ihrer Manöver bei Nordkorea behalten sich die USA eine Wiederaufnahme vor. Es gebe „keine Pläne, weitere Manöver auszusetzen“, sagte Verteidigungsminister Jim Mattis. US-Präsident Donald Trump hatte bei seinem Treffen mit Kim Jong Un angekündigt, die Manöver zu „beenden“. AFP

100 000 Vermisste

ESSEN Das Rote Kreuz sucht weltweit zurzeit nach fast 100 000 Menschen, die infolge von Krieg, Flucht oder Vertreibung vermisst werden. Das sei die höchste Zahl seit über zehn Jahren, berichten die Zeitungen der Essener Funke-Mediengruppe unter Berufung auf Angaben des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK). epd

Riesiges Manöver

MOSKAU Russland hat für den kommenden Monat das größte Militärmanöver seit dem Ende des Kalten Krieges angekündigt. An der Übung „Wostok-2018“ werden rund 300 000 Soldaten und 1000 Flugzeuge beteiligt sein, wie das Verteidigungsministerium in Moskau mitteilte. Das vier-tägige Manöver startet am 11. September. AFP

PERSÖNLICH



Nicolas Hulot (63, Bild), französischer Umweltminister, will zurücktreten. „Ich treffe die Entscheidung, die Regierung zu verlassen“, kündigte Hulot gestern im Radiosender France Inter an. Er begründete seinen Schritt mit mangelnden Fortschritten im Umweltbereich. Hulot war vor 15 Monaten mit der Mitte-Regierung von Premierminister Édouard Philippe angetreten und gilt in der Bevölkerung laut Umfragen als beliebt. Über einen möglichen Rückzug des Umweltministers war bereits häufiger in den vergangenen Monaten spekuliert worden. Foto: AFP

HISTORISCH

29. August

1533 – Trotz der Zahlung eines hohen Lösegeldes wird der letzte Inka-Herrscher Atahualpa in Peru im Auftrag des spanischen Eroberers Francisco Pizarro durch Erhängen hingerichtet.

1893 – Der von dem US-Ingenieur Whitcomb Leonard Judson entwickelte Reißverschluss wird als „Klammerverschluss oder -öffner für Schuhe“ patentiert.

1966 – Die Beatles geben im Candlestick Park bei San Francisco ihr letztes gemeinsames Konzert vor Publikum.

WÖRTLICH

„In Ungarn liegt die Arbeitslosigkeit bei unter 5 Prozent, die Flat-Tax für Unternehmen beträgt 9 Prozent und für die Bürger 15 Prozent, die Migration ist unter Kontrolle, und die Wirtschaft wächst um 4 Prozent.“

Innenminister **Matteo Salvini** nennt Ungarn bei einem Staatsbesuch als Vorbild für Italien.

Betreuung in Niedersachsens Kitas verbessert

Bertelsmann-Stiftung stellt Studien-Ergebnisse vor / GEW: Brauchen Bundes-Qualitätsgesetz

Die Qualität in niedersächsischen Kitas hat sich laut einer Bertelsmann-Studie verbessert. Es besteht aber weiterhin Bedarf.

Von Stefanie Witte

OSNABRÜCK In Niedersachsen verbessert sich die Qualität der Kinderbetreuung laut der Bertelsmann-Stiftung langsam, aber kontinuierlich – gemessen an der Entwicklung der Personalschlüssel. Kamen 2012 rein rechnerisch noch 4,2 ganztagsbetreute Kinder auf eine Krippenfachkraft, waren es 2017 3,8. Damit liegt Niedersachsen etwas unter dem westdeutschen Mittelwert (1 zu 3,6). Das zeigt das aktuelle „Ländermonitoring Frühkindliche Bildungssysteme“ der Stiftung.

Nur geringfügig verbessert hat sich die Situation der niedersächsischen Kita-Leiterinnen. Gaben 2014 noch 19 Prozent der Kitas an, keine Zeit für Leitungsaufgaben zu haben, sind es 2017 noch rund 17 Prozent; bundesweit liegt der Schnitt bei elf Prozent. Demgegenüber liegt der Anteil der Einrichtungen, der über eine angemessene Leitungsausstattung verfügt, mit 17 Prozent im bundesweiten Mittel (16 Prozent).

Bundesweiter Spitzenreiter beim Personalschlüssel ist seit 2014 Baden-Württemberg, sowohl im Krippen- als auch im Kindergartenbereich. Schlusslicht bei den jüngeren Kindern ist Sachsen. Bei den Älteren zeigen sich die schlechtesten Werte in Mecklenburg-Vorpommern. „Die Kita-Qualität hat sich bundesweit verbessert – die Kluft zwischen den Ländern ist allerdings geblieben“, sagte Jörg Dräger, Vorstand der Bertelsmann-Stiftung.

Niedersachsens Kultusminister Grant Hendrik Tonne (SPD) nannte die Ergebnisse erfreulich. „Aber sie bieten noch keinen Anlass für Euphorie.“ Vielmehr seien sie Ansporn für weitere Verbesserungen. Und auch innerhalb von Niedersachsen zeigt sich ein Qualitätsgefälle. Während in Kindergärten in



In Niedersachsens Kitas ist in Sachen Betreuungsschlüssel noch Luft nach oben.

Foto: dpa/Jens Büttner

KOMMENTAR

Kita-Qualität: Bitte mehr Flexibilität!

Die deutschen Kitas sind besser geworden, es gibt aber noch Luft nach oben – da sind sich die Bertelsmann-Stiftung und die Politik einig. Bei vagen Versprechen, etwas verbessern zu wollen, sollte es aber nicht bleiben. Nur wenn Eltern das Gefühl haben, dass ihr Kind gut und sicher aufgehoben ist, werden sie es in eine Krippe oder Kita geben. Dazu gehört, dass nicht die Hälfte



Von Stefanie Witte

der Arbeit von Praktikanten erledigt wird. Außerdem braucht es einen Leiter, der die Freiheit hat, sich vernünftig um Organisation und Bürokratie zu kümmern.

Die Finanzierung von Personal, Räumen und Ausstat-

zung sollte daher auf ein einheitliches, verlässliches Fundament gestellt werden. Ein Hinweis auf die Notwendigkeit dafür ist auch das auffällig schlechte Abschneiden ostdeutscher Bundesländer, wo die Kinderbetreuung außerhalb der Familie eigentlich viel etablierter ist als im Westen.

Und ja – dabei darf es ruhig etwas mehr sein. Denn bei alledem sollten die Bedürfnisse arbeitender El-

tern nicht vergessen werden: Allzu häufig korrespondieren die Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen schlecht bis gar nicht mit den Arbeitszeiten, die Unternehmen vorgeben. Mehr Flexibilität auf allen Seiten würde sich am Ende für alle auszahlen – auch für den Staat, in dem am Ende mehr Eltern arbeiten und Steuern zahlen.

s.witte@noz.de

ausstattung erhalten, braucht es weitere 1527 vollzeitbeschäftigte Leitungskräfte. Dies würde jährlich zusätzlich 88 Millionen Euro kosten.

Die derzeit geplante Verteilung der Bundesmittel im Gute-Kita-Gesetz über das Finanzausgleichsgesetz berücksichtigt nicht die Zahl der betreuten Kinder. Da-

durch würden jene Länder mit vielen Kindern in Kitas und Kindertagespflege benachteiligt.

Die Bildungsgewerkschaft GEW fordert vor diesem Hintergrund, die Qualität in den Kitas sicherzustellen. „Wir brauchen endlich ein ‚Bundes-Kita-Qualitätsgesetz‘. Nach dem quantitativen Ausbau muss jetzt das Augen-

merk auf die Qualität des Angebots der Kindertagesstätten gelegt werden“, sagte die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe unserer Redaktion. Vor dem Hintergrund des „Ländermonitors Frühkindliche Bildungssysteme“ der Bertelsmann-Stiftung erklärte Tepe, dass der aktuelle Entwurf für ein Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität in der Kindertagesbetreuung „völlig unzureichend“ sei.

„Der Geburtsort eines Kindes darf nicht über dessen Bildungsweg entscheiden. Der Bund muss jetzt handeln und ein in allen Ländern verbindliches Gesetz auf den Weg bringen. Es soll einen Beitrag leisten, für Kinder bundesweit vergleichbare Lebensverhältnisse zu schaffen.“ Eckpunkte des Gesetzes müssten Standards sein, die die Erzieher-Kind-Relation, die Freistellung der Leitungskräfte, die Fachberatung und die Anerkennung mittelbarer pädagogischer Arbeitszeit festschreiben. Mit Blick auf den wachsenden Fachkräftemangel bedeute ein „Weiter so“, sich am Rande zur Gefährdung des Kindeswohls zu bewegen.

Großer Fachkräftemangel

Tepe forderte den Bund auf, jährlich rund zehn Milliarden Euro zusätzlich in den Kita-Bereich zu investieren. Der Bund sei in der Verantwortung, sich dauerhaft an den Kosten der frühkindlichen Bildung zu beteiligen, damit die Länder Planungssicherheit haben. Die GEW-Vorsitzende betonte, dass die 5,5 Milliarden Euro, die die Bundesregierung zur Qualitätsverbesserung in den Kitas bis 2020 bereitstellen will, „bei Weitem nicht reichen“.

Tepe unterstrich, dass die Kitas auf einen „exorbitanten Fachkräftemangel“ zusteueren: „Wenn jetzt nicht sofort die Ausbildungskapazitäten hochgefahren werden und der Beruf attraktiver gestaltet wird, fehlen bis 2025 – je nach Rechenmodell – bis zu 600 000 Fachkräfte.“ Zusätzlich zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen müssten Erzieherinnen und Erzieher deutlich besser als bisher bezahlt werden. (mit epd)

Trump würdigt McCains Verdienste

Kelly, Mattis und Bolton zu Gedenkfeiern erwartet

WASHINGTON Nach massivem öffentlichen Druck hat US-Präsident Donald Trump den verstorbenen Senator John McCain und dessen Dienste doch noch in einer offiziellen Mitteilung gewürdigt. Trump ordnete zudem an, die US-Flaggen an Regierungsgebäuden bis zur Beerdigung seines parteiinternen Rivalen an diesem Sonntag auf halbmast zu setzen. Trotz politischer Differenzen „respektiere ich Senator Mc-

Cains Dienst an unserem Land“, hieß es in einer vom Weißen Haus versandten Mitteilung Trumps.

Der US-Präsident teilte weiter mit, er habe Stabschef John Kelly, Verteidigungsminister James Mattis und Sicherheitsberater John Bolton gebeten, seine Regierung bei den Gedenkfeiern zu vertreten. Trump hatte der Familie per Twitter kondoliert, in dem knappen Tweet aber McCains Leben und

Wirken nicht gewürdigt. Und anderem die Veteranenvereinigung American Legion forderte Trump in scharfen Worten zur Honorierung der Verdienste McCains auf und nannte diesen einen „amerikanischen Helden“.

Die „Washington Post“ hatte unter Berufung auf Quellen im Weißen Haus berichtet, Trump habe eine offizielle Würdigung der Verdienste McCains im Militär und im Senat abgelehnt. dpa

Ruhani im iranischen Parlament unter Druck

Präsident wirbt vergeblich für seinen wirtschaftspolitischen Kurs

TEHERAN Der iranische Präsident Hassan Ruhani hat gestern vergeblich im Parlament für seinen wirtschafts- und außenpolitischen Kurs geworben. Ruhani stand wegen der akuten Wirtschaftskrise dem Parlament Rede und Antwort.

Er machte den US-Präsidenten Donald Trump und die „amerikanische Verschwörung“ für die Misere in Land verantwortlich. Die Mehrheit der Abgeordneten

zeigte sich in einer geheimen Abstimmung von seinen Ausführungen aber nicht überzeugt.

„Im Weißen Haus sitzt eine Anti-Iran-Gruppe, die gegen uns eine Verschwörung plant“, sagte Ruhani. Er und seine Regierung würden jedoch nicht zulassen, dass Trump damit Erfolg habe.

In der Sitzung musste Ruhani den Abgeordneten erläutern, welche konkreten Maßnahmen er gegen die

Krise plant. Dem Parlament ging es vor allem um den Kurssturz der nationalen Währung Rial um mehr als 50 Prozent sowie um die steigende Arbeitslosigkeit.

Es ist das erste Mal seit seiner Wahl im Jahr 2013, dass der moderate Kleriker vom Parlament vorgeladen wurde. „Alles, auch die Wirtschaft, lief in den ersten vier Jahren gut, [...] in den letzten Monaten aber nicht mehr“, sagte Ruhani. dpa

USA weisen Iran-Klage zurück: UN-Gericht nicht zuständig

Anwältin des Außenministeriums bekräftigt Absicht der US-Regierung, schweren Druck auf Teheran auszuüben

DEN HAAG Die USA haben eine Klage des Iran gegen neue US-Sanktionen vor dem höchsten UN-Gericht in Den Haag entschieden zurückgewiesen. „Dieses Gericht ist nicht zuständig“, sagte Jennifer Newstead, die Anwältin des US-Außenministeriums, gestern vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag. Zugleich bekräftigte sie die Absicht der Regierung von Präsident Donald Trump, im Atomstreit mit Teheran „schweren Druck“ auf die iranische Regierung auszuüben.

Anders als von der iranischen Seite behauptet gehe es nicht um irgendwelche angeblichen Verstöße gegen ein Freundschaftsabkommen aus dem Jahr 1955 zwischen dem damaligen Persien und den USA. Vielmehr wolle der Iran erreichen, dass die im sogenannten Atomabkommen von 2015 vereinbarte Aussetzung westlicher Sanktionen auch von den USA wieder akzeptiert werde. Für das Atomabkommen sei jedoch ausdrücklich keine Zuständigkeit des IGH vorgesehen, sondern ein anderer

Schlichtungsmechanismus. In dem Atomabkommen hatte der Iran auf den Ausbau seiner kerntechnischen Fähigkeiten im Gegenzug für die Aussetzung der Sanktionen verzichtet. Trump hatte den Ausstieg aus dem Atomabkommen erklärt und die Wiedereinführung und Verschärfung von US-Sanktionen angekündigt. Ein erster Teil dieser Sanktionen war am 6. August in Kraft getreten. Weitere Maßnahmen vor allem gegen den Finanz- und Energiesektor des Iran sollen am 4. November wirksam



Jennifer Newstead Foto: AFP

werden. Newstead sagte, dieser Schritt sei nötig geworden „angesichts der Bedrohung, die das iranische Verhalten weiterhin für die nationale Sicherheit, Außenpolitik und Wirtschaft der USA darstellt“.

„Die USA beabsichtigen, rechtmäßig und aus gutem Grund schweren Druck auf die iranische Führung auszuüben, damit diese ihr Verhalten ändert“, sagte Newstead. Zugleich beschuldigte sie den Iran, seit Jahren gegen UN-Resolutionen zu verstoßen und den Terrorismus zu unterstützen. „Irans nukleare Ambitionen sind heute ebenso wie in den vergangenen Jahrzehnten eine große Bedrohung für die USA und die internationale Gemeinschaft“, sagte die Juristin aus dem State Department.

Der Iran hat wegen der neuen US-Sanktionen beim IGH eine einstweilige Anordnung beantragt, mit der ein Verstoß der USA gegen das 63 Jahre alte Freundschaftsabkommen festgestellt werden soll. Die Sanktionen sollten sofort aufgehoben werden.

Falls das Gericht das „juristische Lavieren des Iran“ akzeptiere, hätte dies „ernste und ernüchternde Folgen“, warnte Newstead. dpa

Streit ums Atomabkommen: mehr Berichte auf noz.de/politik